

Wahlprüfsteine Europawahl 2019

Positionen der Parteien zu den Forderungen der planenden Berufe

Im Vorfeld der Europawahl am 26. Mai 2019 haben die Verbände und Organisationen der planenden Berufe in Deutschland, die Mitglieder des sogenannten „Verbändegesprächs“, einer informellen Plattform für den gemeinsamen Austausch über aktuell relevante Themen, die sechs großen Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP sowie die AfD zu aus Planersicht relevanten Themen befragt. Die Fragen gliederten sich in vier Themenbereiche: Binnenmarkt, Nachhaltiges Bauen in der Energie- und Klimapolitik, Baukultur und nachhaltige Stadtentwicklung sowie bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene. Die Antworten der Parteien liegen nun vor, können an dieser Stelle aufgrund ihres Umfangs jedoch nur auszugsweise wiedergegeben werden. Die vollständigen Antworten stehen wie auch die Wahlprüfsteine auf der Seite www.bingk.de/europawahl zum Download bereit.

Die Freiberuflichkeit im Binnenmarkt sichern, Qualität und Verbraucherschutz stärken

Die Mehrheit der Parteien bekennt sich ausdrücklich zur Freiberuflichkeit und will diese auch zukünftig auf europäischer Ebene stärken. Unabhängigkeit der Berufsausübung sei ein wichtiges Qualitätsmerkmal und müsse daher unbedingt erhalten bleiben. CDU/CSU wollen sich daher für die Werte der Freiberufler und die Vorteile der Selbstverwaltung durch die Kammern gegenüber der Europäischen Kommission und auch der OCED einsetzen. Ebenso wie die FDP sprechen sie sich dabei auch explizit für den Erhalt der HOAI aus. Die SPD und DIE LINKE weisen zudem darauf hin, dass zwar der Europäische Wettbewerb gefördert werden müsse, dabei aber Qualität und Verantwortung nicht außen vor gelassen werden dürfen. An anderer Stelle fordert die FDP zudem eine Ausweitung der Kompetenzen der nationalen Parlamente im Falle von Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip durch die EU-Kommission sowie eine Verlängerung der entsprechenden Fristen. Ähnlich äußert sich in diesem Zusammenhang auch DIE LINKE.

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für ein modernes und transparentes Kammerwesen, mahnen aber zugleich „kontinuierliche Reformprozesse“ an. Die AfD betont, sie sei eine freiheitliche Partei und fühle sich nicht speziellen Interessengruppen verpflichtet.

Sicherung der Ausbildung auf hohem Niveau

Alle Parteien unterstreichen grundsätzlich in ihren Antworten die Wichtigkeit einer hochwertigen Ausbildung. Eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Ingenieurausbildung sei ein wichtiges Element für Wachstum, denn nur ein hohes Ausbildungsniveau könne Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft sein. Die CDU/CSU bekennt sich dabei klar zur Berufsbezeichnung „Architekt“ und „Ingenieur“. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland sei das ein Aushängeschild. Ebenso wie die FDP tritt sie für einen Standard von mindestens vier Jahre akademischer Ausbildung mit einer zweijährigen Praxiszeit bei Architekten und bei Ingenieuren für eine dreijährige Studienzeit ein. DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD betonen zudem die Bedeutung der Vergleichbarkeit und wechselseitigen Anerkennung der Berufsabschlüsse für den europäischen Binnenmarkt.

Jedoch dürfe die Qualität durch die Harmonisierung der Ausbildungsstandards in Europa nicht verloren gehen. Die AfD meint, Ausbildungszeiten in Deutschland seien eher zu lang als zu kurz.

Wirtschaftsmotor Mittelstand

Die Mehrheit der Parteien fordert faire und wettbewerbsorientierte Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Die KMU-Politik (etwa bei Mehrwertsteuer, Datenzugang- und schutz oder Investitionen) müsse mehr auf die betriebliche Praxis ausgerichtet werden. Konkret fordern DIE LINKEN auch mehr Spielraum bei der Mittelstandsförderung und eine bürokratische Entlastung insbesondere bei der Antragsstellung. Die FDP setzt sich auf europäischer Ebene für einen Normenkontrollrat ein, der unter anderem auch unnötige Hürden bei der Teilnahme an Antragsverfahren für EU-Fördermittel kritisch betrachten soll. Die CDU/CSU will bestehende EU-Fördermittel für KMU wie z. B. „COSME – Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014–2020)“ weiter ausbauen, wohingegen die SPD auf einheitliche Rahmenbedingungen und weitestgehend rechtliche Angleichung der Ausgangsbedingungen für alle Marktteilnehmer setzt. Die AfD verweist in diesem Zusammenhang auf den europäischen Binnenmarkt, der ihrer Ansicht nach jedem im gleichen Maße offen stehe solle.

Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge vereinfachen

Ein transparentes und einfaches Vergabeverfahren, das insbesondere den europäischen Binnenmarkt für kleine und mittlere Planungsbüros öffnet und die Erbringung qualitativ schlechter Leistungen zu hohen Preisen vermeidet, ist für alle Parteien außerordentlich wichtig.

Aus Sicht von CDU/CSU und SPD bietet das bestehende EU-Vergaberecht bereits jetzt viele Möglichkeiten, die aber in der Praxis von öffentlichen Auftraggebern künftig stärker genutzt werden sollten. Zudem setzen sie sich für die Weiterentwicklung des Vergaberechts ein mit dem Ziel, insbesondere kleine und mittlere Planungsbüros zu stärken. DIE LINKE möchte, dass die Auftragsvergabe qualitätsorientierter als bisher ausgestaltet wird. *„Nicht der geringste Preis und die Wirtschaftlichkeit allein sind entscheidend, sondern ausschließlich die Qualität der Leistung (...)“* Nach der FDP sollen dabei Planungswettbewerbe eine größere Rolle spielen, *„da damit ein gut strukturiertes und transparentes Vergabeverfahren gewährleistet werden kann.“* Auch Bündnis 90/Die Grünen würden im öffentlichen Hochbau und für Musterplanungen stärker von Planungswettbewerben Gebrauch machen wollen. Die AfD fordert beim Bau öffentlicher Gebäude *„Investoren- statt Architektenwettbewerbe“*, denn nur so sei aus ihrer Sicht garantiert, dass das Geplante auch kostengünstig umgesetzt werde.

Praxisgerechte Normung erreichen

Bei der Frage nach einer praxisgerechten Normungspolitik stehen alle Parteien für eine transparente Rechtssetzung, die vor allem das Subsidiaritätsprinzip beachtet und Bürokratie abbaut. Europäische Standards und Normen sollten konsistent und widerspruchsfrei sein und sowohl technische Anforderungen wie auch ökonomische Belange berücksichtigen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN weist im Hinblick mit der Revision der EU-Bauproduktenverordnung darauf hin, dass *„nationale Sicherheitsanforderungen für Bauwerke einer gemeinsamen Regelung für den europäischen Binnenmarkt nicht im Wege stehen dürfen.“*

Im Hinblick auf die Einbindung der betroffenen Kreise sind alle Parteien der Ansicht, dass in erster Linie die Fachleute der Verbände, Wirtschaft, Wissenschaft und Planer in der Verantwortung seien,

praxisgerechte Lösungen im Normgebungsverfahren zu formulieren. Die SPD weist zudem auf die Ausrichtung zukünftiger Normen hin, *„die noch mehr dazu dienen müssten, dass Innovation gefördert wird, dass Waren und Dienstleistungen eine bessere Qualität aufweisen, nachhaltiger und sicherer werden.“*.

Digitale Entwicklung in der Planungs- und Baubranche fördern

Alle Parteien sehen im Einsatz digitaler Arbeitsmethoden und künstlicher Intelligenz großes Potenzial für die Planungs- und Baubranche. Jedoch müsse die Digitalisierung mittels Standards so gestaltet werden, dass ein europäischer Binnenmarkt entstehe, der den europäischen Grundwerten entspreche. Die FDP sieht in der Digitalisierung des Planens und Bauens insbesondere durch die Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM), enorme Chancen. Dafür müssten jedoch technische Voraussetzungen geschaffen werden wie z. B. offene Schnittstellen für den problemlosen Datenaustausch, damit alle Ingenieure gleichermaßen und barrierefrei die Digitalisierung erfolgreich anwenden könnten. Neben den technischen Voraussetzungen gebe es bei den Fort- und Weiterbildung noch massiven Nachholbedarf, meint DIE LINKE. Deswegen fordern sie *„ein Recht auf Weiterbildung, um auf die neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet zu sein.“* Die CDU/CSU und SPD äußern sich hinsichtlich der Digitalisierung in der Planungs- und Baubranche eher zurückhaltend und stellen stattdessen das Urheberrecht und den Datenschutz in den Vordergrund. Es müsse vor allem ein zentrales Anliegen sein, das Eigentum auch in der digitalen Welt zu schützen. Die AfD meint hingegen, die Steuerung von Wirtschaftsprozessen sei keine staatliche Aufgabe und äußert sich daher nicht zum Themenkomplex.

Energie und Klimaschutz

Die SPD will sich dafür einsetzen, dass Stadtplanung, Mobilität und die Nutzung erneuerbarer Energien künftig ganzheitlich betrachtet werden. Bündnis90/DIE GRÜNEN und die FDP setzen sich für ein *„grünes Europa“* in der Förderpolitik ein, einschließlich Maßnahmen zur Klimaanpassung und zu grüner Infrastruktur. Die FDP lehnt jedoch den verpflichtenden Einsatz von erneuerbaren Energien ab, stattdessen möchte sie innovative und nachhaltige Technologien durch gezielte Forschungsförderung konkurrenzfähig machen. Die CDU/CSU verspricht sich insgesamt durch die Digitalisierung einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der Energiewende im Gebäudebereich; die AfD verspricht sich eine Steigerung der Nachhaltigkeit primär durch die längere Nutzungsdauer von Gebäuden.

Baukultur und nachhaltige Stadtentwicklung

Zu einer hochwertigen Baukultur bekennen sich mit Ausnahme der AfD alle Parteien. Diese spricht sich in diesem Kontext dafür aus, dass sich die EU aus diesem Themenfeld grundsätzlich heraushalten solle. CDU/CSU sehen auch in der Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Kohäsionsfonds ein wichtiges Steuerungstool, um Baukultur direkt und indirekt zu stärken und zu fördern. Nachhaltigkeit beim Planen und Bauen ist für DIE GRÜNEN das oberste Gebot und DIE LINKE möchte sich dafür einsetzen, dass Baukultur künftig als wichtiger schöpferischer Vorgang zur Schaffung und zum Erhalt einer planvoll gebauten Umwelt verstanden und praktiziert wird.

Die SPD sieht im *„Pakt von Amsterdam“* für die Entwicklung einer nachhaltigen Städteagenda eine wertvolle Errungenschaft – sie wolle sich dafür einsetzen, dass die in diesem Zusammenhang erarbeiteten Ergebnisse auch in die Gesetzgebung einfließen werden.